

***Für ein soziales
Rüsselsheim***

***Programm zur
Kommunalwahl
2021***

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Inhalt

Vorbemerkung	3
Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens	4
Wohnen	8
Finanzen.	10
Bildung	13
Kultur und Kunst	16
Kinder und Jugend.	19
Frauen	22
Seniorinnen und Senioren	23
Migrantinnen und Migranten.	24
Ökologie	28
Soziale, ökologische und demokratische Stadt.	32
Kandidatinnen und Kandidaten	34

Liebe Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer

Vor der letzten Kommunalwahl schrieben wir an dieser Stelle: „Die Linke/Liste Solidarität sieht sich als Teil der Rüsselsheimer Zivilgesellschaft und hat mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und einen Bürgerentscheid unterstützt. Unsere Vertreterinnen und Vertreter in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen, Stadtparlament und Magistrat verstehen sich auch und in erster Linie als ‚parlamentarischer Arm‘ bürgerschaftlichen Engagements gegen die Zumutungen neoliberaler Politik, für ein soziales, ökologisches und demokratisches Rüsselsheim.“

Die aus der Kommunalwahl 2016 entstandenen Mehrheitsverhältnisse machten die Bildung eines Bündnisses der Linken/Liste Solidarität mit SPD, Grünen und WsR möglich. Dieses Bündnis vereinbarte gemeinsame Ziele und Projekte. Und die entsprachen in vielen Bereichen mindestens teilweise den Vorstellungen unserer Liste von den Schritten zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Stadt. Bei anderen Themen, zum Beispiel dem Umgang mit dem denkmalgeschützten Opel-Altwerk, der konkreten Finanzierung von Bildung und Kultur und dem Umfang des sozialen Wohnungsbaus war klar, dass es dort keine einheitlichen Positionen geben wird und daher die Bündnispartner für ihre Positionen wechselnde Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung suchen werden.

Wie ist es uns unter diesen Umständen in den knapp fünf Jahren gelungen, gemäß unserem 2016 formulierten Selbstverständnis zu handeln? Welche Ergebnisse für die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt sind dabei erreicht worden? Die Antworten werden bei der bevorstehenden Wahl wichtige Kriterien für oder gegen eine Wahlentscheidung für unsere Liste sein. In dieser Broschüre stellen wir Ihnen/Euch daher unsere Sicht auf diese fünf Jahre und auf die Aufgaben in den Jahren nach der Wahl vor.

Wie wird es weitergehen nach der Kommunalwahl im März 2021?

Generell gehen wir davon aus, dass es, verschärft durch die direkten und indirekten Folgen der Corona-Pandemie, wieder zu heftigen Auseinandersetzungen über die Beibehaltung und Verbesserung sozialer und kultureller Leistungen der Stadt und über die Umsetzung notwendiger Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimanotstands kommen wird.

Nach wie vor bestimmt ein geradezu zwanghafter Glaube an „das Wachstum“ als allein-sigmachendem Ziel das Handeln vieler politisch Verantwortlicher auf allen Ebenen, auch im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheims – über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg.

Wir werden also weiterhin Menschen unterstützen und ermutigen, die sich für ein gutes Leben für alle als Ziel politischer Aktivitäten engagieren. Und wir werden weiterhin Mehrheiten für eine Politik zu suchen haben, die dieses Ziel über die Logik einer profitorientierten Ökonomie stellt.

Fazit:

Dies wird uns umso leichter fallen, je mehr Menschen für unsere Liste stimmen.



Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

*„Wir wollen leben,
einzeln und frei wie ein Baum
und brüderlich wie ein Wald.“*

Mit diesen Worten drückte der türkische Schriftsteller Nazim Hikmet die Sehnsucht aller Menschen aus, die nicht machtbesessen und egoistisch auf Kosten anderer leben wollen. Wie frei und solidarisch Menschen zusammenleben, zeigt sich zunächst und vor allem in ihrer Kommune, in ihrem Stadtteil, in der Nachbarschaft.

Städte und Gemeinden gelten als Basis des Sozialstaates und als demokratische Basis unserer Gesellschaft. Politische Entscheidungen auf kommunaler Ebene wirken sich meist unmittelbar auf die Einwohner*innen aus und können, wie die Initiativen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zeigen, in Einzelfällen auch direkt mitgestaltet werden.

Wir wollen den gemeinschaftlichen und öffentlichen Charakter der Stadt erhalten und ausbauen, ihre wirtschaftlichen und politischen Strukturen demokratisch und transparent gestalten.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Schwimmbäder, Sportanlagen, Stadtbücherei und die Weiterbildungsangebote der Volkshochschule allen ebenso kostenlos zur Verfügung stehen wie der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) oder Museen und Theater.

Wir wünschen uns eine Stadt, in der Toleranz selbstverständlich ist und in der alle Menschen gut leben und ihre ganz persönlichen Ziele verfolgen können. Das beinhaltet, dass es in Rüsselsheim keinen Platz für rechtsextreme, neonazistische und faschistische Betätigung geben darf.

Wir wissen auch, dass diese Ziele nicht von heute auf morgen verwirklicht werden können. Sie festzuhalten ist für uns aber wichtig, weil sie Bezugspunkt und Erfolgskriterium für die kleinen Schritte des politischen Alltags sind.

Die Linke/Liste Solidarität sieht sich als Teil der Rüsselsheimer Zivilgesellschaft und hat mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und den Bürgerentscheid zur Hauptmannschule unterstützt. Unsere gewählten Vertreter*innen verstehen sich auch und in erster Linie als „parlamentarischer Arm“ bürgerschaftlichen Engagements gegen die Zumutungen neoliberaler Politik, für ein soziales, ökologisches und demokratisches Rüsselsheim. Wir setzen uns dafür ein, dass Politik aus der Bürgerschaft und nicht über deren Köpfe hinweg gemacht wird. In der Vergangenheit konnten wir dadurch in Zusammenarbeit mit vielen anderen engagierten Menschen einiges an Erfolgen und Teilerfolgen erreichen:

- der großflächige Abriss im denkmalgeschützten Opel-Altwerk wurde verhindert,
- die Privatisierung der Stadtwerke ebenfalls,
- die geplanten Schließungen von Eichgrundschule und Gerhard-Hauptmann-Schule wurden gestoppt,
- ebenso der Abriss der Großsporthalle.
- Auch die Bäume auf dem Marktplatz, die zur Vorbereitung auf den Hesttag gefällt werden sollten, stehen dank des durch die Unterschriften für ein Bürgerbegehren zum Ausdruck gekommenen Bürgerwillens noch.

Leider nicht verhindert werden konnte:

- der Abriss des Lachebads trotz ca. 11.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren,
- die Auslagerung der Betriebshöfe in eine Anstalt öffentlichen Rechts – da die AÖR-Gründung vom damaligen OB und einer Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung illegal während des laufenden Bürgerbegehrens durchgeführt wurde.

**Fazit: Links wirkt – umso wirkungsvoller,
je besser das Wahlergebnis für
die Linke/Liste Solidarität sein wird.**

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

Nach den letzten Wahlen 2016 gingen wir ein Bündnis mit SPD, Grünen und WsR ein. Es gelang, viele Schritte in Richtung unserer oben aufgeführten Ziele im Bündnispapier zu verankern. Was konnte davon umgesetzt werden? Dazu einige Beispiele:

- die Einführung eines Rüsselsheim-Passes (aber noch ohne Fahrpreisreduktionen für den ÖPNV)
- eine deutliche Erweiterung der Kitaplätze
- mehr kommunale U3-Betreuung
- bessere Bezahlung der Erzieher*innen
- mehr Stellen für Erzieher*innen
- mehr Stellen (plus ca. 300) insgesamt im öffentlichen Dienst (aber viele Stellen sind noch nicht besetzt)
- um die vielen offenen Stellen schneller besetzen zu können, wird mit dem Haushalt 2021 die Personalverwaltung aufgestockt
- wieder mehr feste Stellen in der Musikschule
- die Straßensozialarbeit wurde wieder eingeführt
- Rekommunalisierung und Ausweitung der Schulsozialarbeit
- wir haben das Stadtteilforum Innenstadt mit initiiert
- neu eingeführt wurde stadtteilbezogene Sozialarbeit („Gemeineschwester 2.0“)
- die erhaltene Gerhart-Hauptmann-Schule wurde auf ihren Antrag in eine IGS umgewandelt

Gemäß unserem Selbstverständnis als Friedensliste haben wir zudem Initiativen aus der Friedensbewegung in Stadtverordnetenversammlung und Magistrat eingebracht. So hat sich Rüsselsheim inzwischen der weltweiten, vom Bürgermeister von Hiroshima gegründeten Bewegung der „Mayors for Peace“ angeschlossen, auch die Zustimmung der Stadt zum ICAN-Städteappell für ein Atomwaffenverbot wird von uns unterstützt, städtische Vertreter*innen nehmen aktiv an den Kundgebungen zum Hiroshimataag teil.

Die Aktivitäten aus der Friedensbewegung gegen die Bundeswehrwerbung beim Hestag, die der Rekrutierung Minderjähriger im Widerspruch zur UN-Kinderrechtskonvention dient, haben wir ebenfalls mitgetragen.

Wir initiierten, dass sich Rüsselsheim zum sicheren Hafen erklärte (die Bereitschaft, aus Seenot gerettete Menschen zusätzlich aufzunehmen).

Fazit: Links wirkt – umso wirkungsvoller, je besser das Wahlergebnis für die Linke/Liste Solidarität sein wird.

Öffentlicher Dienst

Die Erhaltung und der weitere Ausbau des öffentlichen Dienstes ist notwendig, da es viele Dienste gibt, die ohne Gewinnabsichten, weltanschaulich neutral und auch dann angeboten werden müssen, wenn ihre Kosten die Einnahmen übersteigen.

Die Linke/Liste Solidarität tritt daher mit Nachdruck für den Erhalt folgender öffentlicher Einrichtungen ein:

- Kindertagesstätten
- Betreuungsschulen
- Jugendhäuser
- Jugendpflege/Jugendbildungswerk
- Stadt- und Stadtteilbüchereien
- Krankenhaus
- Altenheim und Seniorentreffs
- Sozialstation
- Theater
- Volkshochschule
- Musikschule
- Schwimmbäder, Sportstätten

Die Arbeit in diesen Institutionen muss von gut ausgebildeten professionellen Kräften geleistet werden.

Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

Ortsbeiräte

Ortsbeiräte erfüllen in den Stadtteilen Königstädten und Bauschheim eine wichtige Arbeit für und mit den Bürger*innen. Sie können sich vor Ort in die politischen Diskussionen einbringen und so an der Gestaltung ihres Ortsteils teilhaben. Die Linke/Liste Solidarität erkennt diese bürgernahe Arbeit an und tritt für eine Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte ein. Den Ortsbeiräten sind eigene Verfügungsmittel, wie in §82 Abs.4 HGO vorgesehen, zuzugestehen. Weiterhin sind an die Ortsbeiräte endgültige Entscheidungsbefugnisse zu Maßnahmen, soweit deren Bedeutung nicht über die Grenzen des Ortsbezirks hinausgeht, zu übertragen. Forderungen von weiteren Stadtteilen nach Ortsbeiräten ist zu entsprechen.

Kommende Auseinandersetzungen

Die Debatte um den Kostendeckungsgrad etwa im Bildungs- und Erziehungsbereich ist irreführend. Sie muss schon allein deshalb beendet werden, weil die Menschen ja bereits durch ihre Steuern für die entsprechenden Dienstleistungen bezahlt haben. Auch das andauernde Mantra von CDU, FDP und WsR, die städtischen Aufwendungen für die im Eigenbetrieb Kultur123 zusammengefassten kulturellen Angebote (Theater, Stadtbücherei, Volkshochschule, Musikschule) seien ein möglichst zu beseitigendes Defizit, geht völlig an der Sache vorbei. Kultur und Bildung sind vielmehr „Grundnahrungsmittel“ eines demokratischen und sozialen, auf die Teilhabe aller ausgerichteten Gemeinwesens und sie tragen zur Lebensqualität bei.

Der Wirtschaftsliberalismus richtet mit seiner Markt-Ideologie großen Schaden an. Alle Lebensbereiche sollen nach kapitalistischen Maßstäben geordnet werden. Dies lehnen wir ab.

Der öffentliche Sektor muss von diesen kapitalistischen Ansprüchen und Handlungskriterien ausgenommen werden.

- Wir fordern deshalb echte Rekommunalisierungen und den Verzicht auf weitere sogenannte „Ausgliederungen“.
- Wir fordern: Keine Privatisierungen oder teilweise Privatisierungen öffentlicher Aufgaben und Leistungen.
- Wir fordern die Rückführung der ausgegliederten und an Private ausgeschriebenen Aufgaben-Bereiche in die öffentliche Hand.
- Wir fordern eine stärkere Beschränkung der Spitzeneinkommen in Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist und die Transparenz von Vorstandsgehältern.
- Wir fordern den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen.



Die Stadt als Basis eines sozialen Gemeinwesens

- Wir fordern die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt, auch bei sogenannten „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen.
- Wir fordern eine „Tarifbindung“, wo sie noch nicht existiert; dies auch bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Hier sollten bei der Auftrags-Vergabe statt des Kriteriums des „günstigen Preises“ vor allem gute Arbeitsbedingungen und strikte Tarifbindung beachtet werden.
- Wir fordern die Ersetzung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch reguläre Arbeitsverhältnisse.
- Wir fordern den Erhalt und weiteren Ausbau der Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften.

Wer soll das bezahlen?

Jahrzehntelang stand eine verfassungswidrige Unterfinanzierung der kommunalen Aufgaben durch Bund und Land diesen Maximen entgegen. Wodurch das kommunale Defizit Jahr um Jahr wuchs und sich schließlich zu mehreren 100 Millionen Euro addierte. Dagegen haben wir in Rüsselsheim lange als einzige Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung argumentiert und agiert. Erst ein Verfassungsgerichtsurteil zwang die Landesregierung dann zu einer annähernd verfassungsgemäßen Kommunalfinanzierung. Und siehe da: der Rüsselsheimer Haushalt 2019 war ausgeglichen.

Aber durch die Folgen der Coronapandemie war in 2020 und ist in 2021 wieder mit einem massiven Defizit des kommunalen Haushalts zu rechnen. Wer im Endeffekt dafür kommunal und wer bundesweit für die Kosten der ökonomischen „Bazookas“ zur Bekämpfung eines katastrophalen Wirtschaftsabsturzes aufzukommen hat, ist - neben der Verhinde-

rung der Klimakatastrophe - eine der wichtigsten politisch-gesellschaftlichen Fragen der nächsten Jahre. Werden es, wie meist in den vergangenen Jahrzehnten durch Sozialkürzungen und Erhöhung von Massensteuern die Menschen mit sowieso zu geringen Einkommen sein? Oder wird es zu gesellschaftlichen und politischen Mehrheiten kommen, die dies verhindern. Und die z.B. durch eine von Gewerkschaften geforderte einmalige Vermögensabgabe und eine dauerhaft wirkende Wiedereinführung der Vermögenssteuer diejenigen zur Finanzierung des Gemeinwesens heranziehen, die selbst in der momentanen Krisensituation gelassen und erfreut dem Anwachsen ihrer Zig-Millionen und Milliardenvermögen zusehen können?

Auch hier gilt:

Links wird wirken - umso wirkungsvoller, je besser das Wahlergebnis für die Linke/Liste Solidarität und andere Linke auf anderen politischen Ebenen sein wird.

Und - noch wichtiger - je mehr Menschen sich selbst in Bewegung setzen, für eine Kommune und eine Welt des friedlichen und sozialen Miteinanders, der ökologischen Nachhaltigkeit, der Demokratie in allen Bereichen von Wirtschaft, Politik und Medien.

Wohnen

„Was man heute unter Wohnungsnot versteht, ist die eigentümliche Verschärfung, die die schlechten Wohnungsverhältnisse der Arbeiter durch den plötzlichen Andrang der Bevölkerung nach den großen Städten erlitten haben; eine kolossale Steigerung der Mietpreise; eine noch verstärkte Zusammendrängung der Bewohner in den einzelnen Häusern, für einige die Unmöglichkeit, überhaupt ein Unterkommen zu finden.“

*(Friedrich Engels:
Zur Wohnungsfrage, 1872)*

Wohnen ist eines der wichtigsten menschlichen Bedürfnisse und folgerichtig gibt es ein Menschenrecht auf Wohnen. Jedem angemessenes Wohnen zu ermöglichen ist eine wesentliche Aufgabe einer solidarischen Gemeinschaft.

Doch was ist „angemessen“? Es gibt die unterschiedlichsten Ansprüche an eine Wohnung, für die einen reicht ein Dach über dem Kopf, unter dem man essen, schlafen und die privaten Dinge verrichten kann; für die anderen bedeutet Wohnen sich in aller Annehmlichkeit und mit allem Luxus von der Welt draußen abzukoppeln. Beides – und alles dazwischen – ist als Wunsch oder Anspruch legitim. Nur ist auf begrenztem Raum nicht alles gleichzeitig möglich. Gibt es zu viele raumgreifende Luxuswohnungen, bleibt nicht genügend Platz für die einfachen und vor allem auch bezahlbaren Wohnungen. Aus Gründen der Solidarität sollte es daher eine Quotierung geben, die ein Mindestmaß an bezahlbarem und notwendigerweise auch gefördertem Wohnraum garantiert. Der Markt wird das nicht regeln.

In diesem Zusammenhang muss sich auch die Gewobau Rüsselsheim, deren Hauptgesellschaft die Stadt ist, an ihrer Satzung messen lassen „die auch nach Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes weiterhin den gemeinnützigkeitsrechtlichen Grundsätzen im Wohnungswesen Rechnung trägt“. Als Messgrößen bieten sich hier an:

- Wie hoch ist der Anteil der geförderten Wohnungen am gesamten Neuwohnraum? Wir fordern mindestens 40%.
- Wie verhalten sich die Mieten nach einer Sanierung? Energetische Sanierung muss warmmietneutral geschehen, d.h. die Miete darf nach der Sanierung inklusive der Heizkosten nicht höher sein als zuvor.
- Sind Sanierungen notwendig (Brandchutz, energetisch) oder sollen die Wohnstandards gehoben werden? Sanierungen, die eine Verbesserung des Komforts bedeuten, müssen das Einverständnis der Mieterinnen und Mieter haben. Es darf nicht zu gentrifizierenden Tendenzen kommen.

Im zukünftigen Neubaugebiet Eselswiese sind ganze 30% Geschosswohnungsbau vorgesehen, davon minimale 8% für geförderten Wohnungsbau. Dies ist eine Wohnungspolitik am Bedarf vorbei. Die Linke/Liste-Solidarität fordert einen Geschosswohnungsbau von 60% und davon, wie etwa in Frankfurt, 40% geförderten Wohnungsbau für öffentliche Wohnungsbaugesellschaften und 30% für private. Wir setzen uns bei den weiteren Planungen dafür ein, dass dies noch geändert wird.

Mieter und Mieterinnen sind nicht wehrlos. Wir unterstützen den Mieterbund Rüsselsheim, als Vertreter der Mieterinnen und Mieter.

Einer besonderen Unterstützung und Solidarität bedürfen Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Die Zahl der registrierten Obdachlosen ist auch in Rüsselsheim in den letzten Jahren rasant angestiegen. Wir fordern, dass das bereits 2016 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Wohnungshilfekonzept mit seinen präventiven Elementen auch durch eine weitere personelle Aufstockung konsequent umgesetzt wird. Und die Ersetzung der etwa 40 Jahre alten menschenunwürdigen Container

Wohnen

für das ambulante betreute Wohnen der Diakonie muss nach jahrelanger Verschleppung in diesem Jahr endlich stattfinden.

Viele Studien zeigen, die Klimakatastrophe ist kaum noch aufzuhalten. Um die Folgen einigermaßen im Rahmen zu halten, muss jede Maßnahme auf ihre Umweltverträglichkeit geprüft werden. So auch die Schaffung von neuem Wohnraum. Gesunder Boden ist ein wertvoller CO₂-Speicher. Von weiteren Flächenversiegelungen – wie jetzt leider für die Eselswiese in Bauschheim geplant – muss daher abgesehen werden. Um trotzdem weiteren Wohnraum zu schaffen, soll auf bereits versiegelte Fläche zurückgegriffen werden. Dies kann durch Verdichtung oder Aufstockung geschehen – oder aber durch Umnutzung von z.B. ehemals gewerblich genutzten Flächen (Opel-Altwerk, Leerstände in Bürogebäuden, weitere von Opel in Zukunft freigegebene Flächen etc).

Mittel- bis langfristige Aufgaben

All diese Maßnahmen – inklusive der nun schon beschlossenen Neu-Erschließungen – werden aber auf Dauer nicht reichen, es gibt Grenzen des Wachstums. Rüsselsheim ist endlich. Man kann dem oft beschriebenen Wohnungsdruck nicht ewig nachgeben. Man muss sich also eher früher als später mit Alternativen auseinandersetzen. Und da gilt es zuerst die Frage zu stellen: Woher kommt der Wohnungsdruck? Reines Bevölkerungswachstum ist es nicht. Aber es gibt andere Ursachen. Das Leben verlagert sich immer mehr von der Familie zu kleineren Einheiten - die Zahl der Alleinerziehenden und der Single-Haushalte wächst. Menschen werden älter. Das erfordert natürlich auch mehr Wohnraum. Die Stadt Rüsselsheim sollte dem entgegenwirken, indem sie alternative Wohnkonzepte wie z.B. Wohngemeinschaften und Generationenwohnen besonders fördert.

Außerdem ist zu prüfen, ob eine Wohnungstauschbörse wie z.B. in Berlin helfen kann, angemessenen Wohnraum zu finden. Hierbei könnten Wohnungen, die zu groß oder zu klein sind, gegen jeweils passende getauscht werden, ohne dass sich die Kaltmiete wie sonst bei einem Mieterwechsel erhöht. Denn oft werden zu große Wohnungen nur deswegen nicht freigegeben, weil keine adäquate kleinere gefunden wird.

Ein anderer Aspekt: Nach wie vor ziehen mehr Menschen vom Land in die Ballungsräume als umgekehrt. Viele davon nicht freiwillig, sondern weil sie sich durch mangelnde Infrastruktur, wie fehlende wohnortnahe Kindergärten, Schulen, Ärzt*innen, Einkaufsmöglichkeiten oder fehlende Arbeitsplätze dazu gezwungen sehen, eine vertraute Umgebung, Verwandte und Freund*innen zu verlassen.

Als Zukunftsaufgabe für die politisch Handelnden in Ballungsräumen und damit auch in Rüsselsheim stellt sich die Frage: Wie können wir nicht nur innerhalb unserer Stadt solidarisch handeln, sondern auch solidarisch mit den Menschen in ländlichen Gebieten sein, um für sie zu gleichwertigen Lebensverhältnissen beizutragen? Das geht natürlich nicht alleine, diese Fragen müssen zusammen mit den größeren Städten im Rhein-Main-Gebiet und im Rahmen einer Landespolitik zur Entwicklung ländlicher Räume angegangen werden.



Auch mit und nach Corona: Die Gemeindefinanzierung sichern - Die Leistungen für Bürgerinnen und Bürger erhalten

Durch die Finanzpolitik von Bund und Land Hessen ist die Handlungsfähigkeit der Stadt Rüsselsheim nach der Jahrtausendwende zunächst weiter erheblich eingeschränkt worden. So wurden die Gelder, die die hessischen Kommunen aus dem Gesamtsteueraufkommen über den „Kommunalen Finanzausgleich“ (KFA) erhalten, ab 2011 um 350 Millionen Euro gekürzt. Zudem leidet Rüsselsheim seit Jahrzehnten unter den großzügigen Steuervermeidungsmöglichkeiten, die es vor allem zunächst General Motors und nun PSA erlauben, in Rüsselsheim zwar alle Vorteile der städtischen Infrastruktur zu nutzen, aber keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Kommune zu leisten. Dass diese dem Gemeinwesen fehlenden Einnahmen durch den Finanzausgleich bei weitem nicht kompensiert wurden, zeigt die Tatsache, dass Rüsselsheim gemessen an der Einwohner*innenzahl Jahr für Jahr etwa 20 Millionen Euro weniger an Steuern und Landeszuweisungen zur Verfügung hatte, als der Durchschnitt der anderen Sonderstatusstädte Bad Homburg, Marburg, Gießen, Hanau, Wetzlar, Fulda. Ohne entsprechende Transferzahlungen erhielten die Kommunen zusätzliche Aufgaben (z.B. Kindergartenplatz- und Krippenplatzgarantie, zusätzliche Aufgaben bei der Jugendhilfe). Selbst dort, wo der Bund die Kosten - beispielsweise für die Grundsicherung der Älteren - übernimmt, müssen die Kommunen das Personal und die Infrastruktur zur Verfügung stellen!

Jahrzehntelang führte so die verfassungswidrige Unterfinanzierung der kommunalen Aufgaben durch Bund und Land zu Leistungseinschränkungen für die Einwohner*innen und trotzdem wachsenden kommunalen Defiziten. Erst ein im Jahr 2016 wirksam gewordenes Verfassungsgerichtsurteil

zwang die Landesregierung zu einer annähernd verfassungsgemäßen Kommunalfinanzierung. Infolgedessen konnte in Rüsselsheim 2019 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden. Durch die Folgen der Coronapandemie wird das in 2020 (ca. 11 Millionen Euro Defizit) und prognostiziert in 2021 (mehr als 20 Millionen Euro Defizit) leider nicht mehr so sein. Die finanzpolitischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre werden wesentlich darum gehen, wer im Endeffekt für die Kosten der Krise aufkommen wird. Die Linke/Liste Solidarität wird sich dafür einsetzen, dass endlich diejenigen zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden, die selbst in der momentanen Krisensituation still genießend dem Anwachsen ihrer Zig-Millionen- und Milliardenvermögen zusehen können.

Rüsselsheim lebt nicht über seine Verhältnisse

All diese Fakten wurden durch das ständige Mantra, die Kommunen würden über ihre Verhältnisse leben, sie hätten ein „Ausgabeproblem“, ignoriert. Wenn sich Rüsselsheim in einer finanziellen Krise befindet, so liegt das nicht daran, dass es über seine Verhältnisse gelebt hätte. Auch wenn es immer wieder zu von DieLinke/Liste Solidarität kritisierten Geldverschwendungen kam. So beim Opel-Altwerk oder beim Lachebad.

Beim Altwerk hat die Stadt die Planer*innen des großflächigen Abrisses der historischen Bausubstanz für ein riesiges Einkaufszentrum großzügig subventioniert. Beim Lachebad wurden, statt maximal 4 Millionen Euro in eine dem Bürgerwillen entsprechende Sanierung des existierenden Bades zu investieren (dafür war „kein Geld da“), lieber über 14 Millionen Euro für einen Neubau ohne Sprungturm und Cafeteria ausgegeben. Im Wesentlichen ist die kommunale Finanznot aber das Ergebnis einer gezielten politischen

Finanzen

ökonomischen Strategie. Nämlich jener, durch die „Verknappung“ der Gemeindehaushalte Privatisierungen zu forcieren und den schwer erkämpften Sozialstaat zu schleifen!

Gemeindefinanzreform statt Rettungsschirm

Die nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sich verschärfenden kommunalen Notstände waren dann aber so massiv und auch wegen des Investitionsstaus schädlich für die gesamte Wirtschaft, dass mit dem kommunalen Schutzschirm ein prinzipielles Eingeständnis des Landes kam, dass die hochverschuldeten Kommunen an ihrer Lage nicht die Hauptverantwortung tragen. Das Land übernahm einen Teil der Schulden der ca. 100 höchstverschuldeten Städte und Landkreise. Diese mussten sich allerdings im Gegenzug dazu verpflichten, bis 2020 bzw. 2022 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die von der Landesregierung dazu empfohlenen Mittel waren massive Grundsteuererhöhungen, Gebührenerhöhungen, Personalkürzungen, Einschränkungen von Leistungen bei der Förderung von Jugend, Sport, Soziales und Bildung.

Erst aufgrund des angeführten Urteils des Staatsgerichtshofes über die Verfassungswidrigkeit des seit 2011 geltenden kommunalen Finanzausgleichs bequemte sich die Landesregierung zu der ab 2016 geltenden Neuregelung. Wie angemerkt, wird aber infolge der Coronakrise in den nächsten Jahren - im Gegensatz zu 2019 - kein ausgeglichener Haushalt erreichbar sein. Dies zeigt, dass die Forderung von Die Linke/Liste Solidarität, durch eine Gemeindefinanzreform die Gemeinden dauerhaft mit einer auskömmlichen Finanzierung für ihre wichtigen und bürgernahen Aufgaben zu versehen, weiterhin auf dem Tisch bleiben muss. Dazu gehört es, die von den Bilanzkosmetikkünstler*innen

der großen Konzerne abhängige Gewerbesteuer zu einer stabilen Gemeindefinanzsteuer weiter zu entwickeln!

Und vor dem Hintergrund eines sich nach wie vor explosionsartig vermehrenden Reichtums von Wenigen - denn Geld ist genug da - gehört dazu auch die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, die (ganz im Gegensatz zur Grundsteuer) nur die obersten 3 Prozent der Reichsten betreffen würde. Die Einnahmen hieraus könnten dann zwischen Ländern und Kommunen aufgeteilt werden. Und es braucht in Anbetracht der riesigen Kosten der Coronapandemie eine einmalige (Netto)-Vermögensabgabe für das reichste Prozent der Bevölkerung (natürlich mit angemessenen Freibeträgen für Betriebsvermögen und selbstgenutzte Immobilien). Dieses reichste Prozent nennt inzwischen mindestens 35% des Gesamtvermögens sein Eigen. Allein die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Bevölkerung! Wir fordern deshalb eine gerechtere Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der kommunale Anteil am Gesamtsteueraufkommen ist deutlich anzuheben. Und unbedingt zu beachten, ist der Verfassungsgrundsatz der Konnexität: Wird eine Leistung durch den Bundes- oder Landes-Gesetzgeber bei der Kommune „bestellt“, so ist sie auch von dort im vollen Umfang zu bezahlen. („Wer bestellt, bezahlt“)!

Unnötige Ausgaben verhindern

Genauso wichtig wird es für unsere Liste aber weiterhin sein, unnötige Ausgaben rechtzeitig zu erkennen und zu bekämpfen! Neben der inzwischen in der Versenkung verschwundenen 36-Millionen-Brücke zum Parkdeck einer Supermall auf dem Gelände des Opel-Altwerks und dem 14-Millionen-Neubau des Hallenbads gehörten in der Vergangenheit dazu: die geplante Neupflaste-

Finanzen

rung der Innenstadt, sowie viele teuer eingekaufte Gutachter*innen und Berater*innen, die oft nur dazu dienen, eine Legitimation für ohnehin geplante politische Maßnahmen abzuliefern. Zu den unnötigen Ausgaben zählt auch die personell aufgeblähte Stadtpolizei, die unsere Stadt jährlich rund dreibis vierhunderttausend Euro (trotz der eingetriebenen Verwarn- und Bußgelder) kostet. Dazu gehören außerdem die Kosten für geplante Personal- und Materialaufstockungen in den Bereichen der städtischen Imagewerbung.

Mit der Auslagerung des Rüsselsheimer Eigenbetriebs 'Betriebshöfe' in die gemeinsam mit Raunheim getragene Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) stiegen die Aufwendungen aus dem Rüsselsheimer Haushalt um rund eine Million Euro an. Dies konnten wir zwar (da die Anstalt illegal bei laufendem Bürgerbegehren gegründet wurde) nicht verhindern. Aber die jetzt geplante überaus teure Standortverlagerung - mit dem Neubau eines Betriebshofes an der Kläranlage - lässt sich noch stoppen!

Für ein soziales Rüsselsheim

Umfairteilen

Grundsteuer
runter

rauf
Spitzensteuersatz

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

~~⊗~~ Liste 8

www.liste-solidaritaet.de

Bildung

*„Bildung ist die mächtigste Waffe,
um die Welt zu verändern.“*

(Nelson Mandela)

Die Linke/Liste Solidarität geht davon aus, dass Bildung und Erziehung als Aufgabe der ganzen Gesellschaft verstanden werden muss. Wie in der Bundesrepublik generell, so ist auch in Rüsselsheim das Bildungswesen chronisch unterfinanziert. An Bildung darf grundsätzlich nicht gespart werden. Alle Versuche, auf Kosten von Bildungs- und Kulturinstitutionen Haushaltskonsolidierung zu betreiben, sind abzulehnen. Es ist Aufgabe der Stadt, für die in ihr lebenden Menschen bildungspolitische Aktivitäten zu entwickeln, die den stetig wachsenden Anforderungen in zweifacher Hinsicht gerecht werden:

- Eine immer komplexer werdende Gesellschaft stellt steigende Anforderungen an die politische Bildung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Wer sich selbst und die Welt nicht versteht, ist auch nicht in der Lage, als mündiger Bürger oder mündige Bürgerin kritisch und selbstbewusst politisch zu handeln.
- Die Erziehungs- und Bildungseinrichtungen der Stadt müssen helfen, Chancengleichheit für alle zu realisieren. Vor dem Hintergrund zunehmender sozialer und ethnischer Segmentierung der Gesellschaft und der steigenden Zahl von Menschen, die in unserer Stadt Schutz und Hilfe suchen, müssen integrative Konzepte auf allen Feldern des Bildungs- und Erziehungswesens ausgebaut und öffentlich offensiv vertreten werden. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems und deutlich erhöhte finanzielle Mittel seitens des Landes und des Schulträgers Stadt Rüsselsheim sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche inklusive Pädagogik an Rüsselsheimer Schulen.

Bildungsarbeit besser bezahlen

Heute muss im Erziehungs- und Bildungswesen mehr Arbeit geleistet werden als von den Beschäftigten bewältigt werden kann. Personalausbau und nicht Personalabbau ist also das Gebot der Stunde. In diesem Zusammenhang wendet sich die Linke/Liste Solidarität entschieden gegen alle Bestrebungen, die „Bildungsstückkosten“ über Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes für Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen und Lehrer*innen zu senken. Im Gegenteil: Berufe im kulturellen und im Bildungsbereich bedürfen einer deutlichen Aufwertung, dies muss sich auch in der Bezahlung niederschlagen. Befristete TvH-Verträge und Honorarverträge müssen in feste Beschäftigungsverhältnisse überführt werden.

Kindertagesstätten

Die Qualitätsstandards der Rüsselsheimer Kindertagesstätten und Horte müssen erhalten und ausgebaut werden. Das Ziel ist der für alle Kinder kostenfreie Besuch von Kinderkrippe, Kindertagesstätte, Hort und Betreuungsschule. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für einen beschleunigten Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder bis drei Jahre ein. Wir betrachten Kinderkrippen und Kindertagesstätten als Teil der Bildungseinrichtungen, denn bekanntlich werden gerade in den ersten Lebensjahren wertvolle Voraussetzungen gelegt für das soziale Miteinander und nicht zuletzt für einen erfolgreichen Schulbesuch.

Schulen

Die Rüsselsheimer Schulstruktur ist durch eine hohe soziale und ethnische Selektivität gekennzeichnet. Bei einer offiziellen Kinderarmutsquote von über 22% muss davon ausgegangen werden, dass in Förder-, Haupt-,

Bildung

Real- und Gesamtschulen eine große Anzahl von Kindern von Sozial- und Transferleistungen nach SGB II, III und VII abhängig sind. In seiner grundlegenden Bedeutung für die Gestaltung der Schullandschaft wird dem Problem der Kinderarmut von den in Rüsselsheim politisch Verantwortlichen nach wie vor nicht genug Rechnung getragen. Viele Eltern betrachten z.B. den Besuch eines Gymnasiums als einzige Chance für ihre Kinder, nicht nur ihre beruflichen sondern allgemein ihre zukünftigen Lebensbedingungen zu verbessern. So entsteht die Gefahr, dass Kinder schon in den Grundschulen unter enormen Leistungsdruck geraten, der sich dann immer weiter fortsetzt. Halten sie dem nicht stand, brechen Lerneifer und Motivation zusammen. Insbesondere Kinder, deren Eltern dann nicht in der Lage sind, teure Nachhilfe zu finanzieren oder andere Anreize zu schaffen, leiden darunter. Müssen sie das Gymnasium verlassen, erleben die Kinder und Jugendlichen es als persönliches Versagen. Das sind keine guten Voraussetzungen für einen weiteren erfolgreichen Schulbesuch. Die Bildungsforschung spricht hier von einer „doppelten Benachteiligung“. Schulvielfalt ist daher nicht positiv zu bewerten, sie verschärft die soziale Selektivität. Das System der „Kooperativen Gesamtschule“ stellt keine Lösung dieses Problems dar, da sich in ihm die Selektivität des gegliederten Schulwesens innerhalb einer Schule fortsetzt. Letztlich ermöglicht nur die Überwindung des gegliederten Schulsystems mehr „Chancengleichheit“ und gelingende Inklusion.

Eine zeitgemäße Schulträgerschaft erfordert mehr als nur die Sorge für einen guten Zustand der Gebäude und eine funktionierende Organisation der Schulverwaltung. Sie muss die konkrete Situation der Kinder und Jugendlichen der Stadt zum Ausgangspunkt nehmen, um eine qualitative Schulentwicklung zu ermöglichen. Dies gilt umso mehr, wenn ca. 60% aller Schülerinnen und Schüler einen „Migrationshintergrund“ aufweisen

und erhebliche Anstrengungen zur Realisierung einer interkulturellen Pädagogik unternommen werden müssen. Und dies gilt auch insbesondere dann, wenn das anspruchsvolle Ziel der Inklusion (d.h. der Integration von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Regelunterricht) verfolgt wird.



Auch in Rüsselsheim steigt die Zahl der Schüler*innen deutlich. Das bedeutet, dass die Kapazitäten der Grund- und weiterführenden Schulen erweitert werden müssen. Zu den Aufgaben der Schulsanierung kommt die Aufgabe des Schulneubaus hinzu. Auf keinen Fall darf die Coronakrise zu einer Verzögerung des Ausbaus führen, vielmehr muss der bestehende Plan möglichst beschleunigt werden. Für das Bauschheimer Neubaugebiet muss daher bereits jetzt mit den Planungen für eine weitere Integrierte Gesamtschule begonnen werden.

Die Coronakrise offenbart und verstärkt schonungslos die sozialen Schwachstellen unserer Gesellschaft. Die Schließung der Schulen

Bildung

und der Übergang zum Homeschooling trifft vor allem die Schülerinnen und Schüler hart, deren Eltern nicht in der Lage sind, für sie so etwas wie Ersatzlehrer*innen zu sein. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass von Armut betroffene Familien gerade in der Krise erhöhte Ausgaben z.B. für Lebensmittel verkraften müssen. Das verstärkt die vorhandene Chancenungleichheit.

Um eine gute Schule für alle Rüsselsheimer Schülerinnen und Schüler zu schaffen, setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- Die Rüsselsheimer Schulen müssen materiell so ausgestattet werden, dass alle Schüler*innen ohne Rücksicht auf ihre soziale Herkunft Zugang zu allen Angeboten haben. (Kostenlose Schulmaterialien, kostenloses Mittagessen, Unterstützung bei Ausflügen, Museumsbesuchen u.ä., ...)
- Die Stadt Rüsselsheim startet ein Projekt zur gezielten Förderung des schulischen Erfolgs von benachteiligten Schülerinnen und Schülern!
- Die Umsetzung einer inklusiven Pädagogik erfordert auch von der Stadt einen erheblichen finanziellen Mehraufwand. Erst wenn die Bereitstellung der notwendigen Mittel gesichert ist, kann inklusive Pädagogik erfolgreich sein.
- Vor dem Hintergrund ihrer Aufgaben ist es geboten, dass Rüsselsheims Schulen auch in den Klassen 5 - 10 eine überschaubare Größe (ca. 700 Schüler*innen) haben.
- Die Schulsozialarbeit muss weiter ausgebaut und auch an Grundschulen eingeführt werden.
- Jede Schule braucht mindestens eine Hausmeister*in.
- Die Privatisierung der Schulreinigung hat sich nicht bewährt, sie wird wieder in städtische Regie übernommen!
- Schulentwicklung in Rüsselsheim wird mit dem Ziel betrieben, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen.

Betreuungsschulen

Die Situation der Rüsselsheimer Betreuungsschulen bleibt weiterhin nicht zufriedenstellend.

Die Standards in der Betreuungsschule sollen bezüglich der Raumausstattung, der Ausstattung mit einer stellvertretenden Leitung und der Personalausstattung den Kitas angeglichen werden.

Die Verzahnung der Betreuungsschularbeit mit dem Unterricht der Grundschule und verlässliche Bezugspersonen für die Kinder in der Betreuung sind unverzichtbar! Die Linke/Liste Solidarität wendet sich entschieden dagegen, dass die Rüsselsheimer Betreuungsschulen zu Billigaufbewahrungsanstalten verkommen. Schulische Betreuungsangebote müssen die gleichen Standards erfüllen wie die Horte. Schulkinderhäuser sind nur dann sinnvoll, wenn die Qualitätsstandards des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG) eingehalten werden.

Volkshochschule

Die Linke/Liste Solidarität ist grundsätzlich der Auffassung, dass Volkshochschulen nicht unter Kosten und Profitgesichtspunkten geführt werden können. Bildung ist ein Menschenrecht. Die betriebswirtschaftliche Steuerung von Volkshochschulen ist seiner Realisierung abträglich. Wir fordern daher, dass das Land und die Stadt die Volkshochschule materiell optimal ausstatten. Zeitarbeitsverträge müssen weiter in feste Arbeitsverhältnisse umgewandelt werden. Auch politische Erwachsenenbildung ist eine öffentliche Aufgabe. Nicht zuletzt zunehmende rassistische und rechtsradikale Tendenzen erfordern hier dringend ein verstärktes Engagement der Rüsselsheimer Volkshochschule.

Kultur und Kunst

„Wir müssen unseren Verstand mehr dadurch formen, dass wir den Sinn des Gelesenen verstehen, als durch dessen Menge.“

(Quintilian, Anleitung zur Beredsamkeit)

Die Linke/Liste Solidarität geht von einem Kulturverständnis aus, das alle Formen der geistigen Auseinandersetzung des Menschen mit Seinesgleichen und der Umwelt umfasst. Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, Museen und Theater, sportliche und kulturelle Vereine sind daher die Grundlage des kulturellen Lebens in der Stadt. Wenn ihre personelle oder finanzielle Ausstattung ausgedünnt wird und öffentliche Initiativen durch privates Engagement ersetzt werden, hängt der Zugang zu Kultur und Bildung immer mehr von den finanziellen Möglichkeiten ab. Wer Geld hat, dem erschließen sich Bildungs- und Kulturangebote, wer kein Geld hat, wird ausgegrenzt.

Kultur ist das, was die Menschen aus sich und ihrer Welt machen. Kultur ist kein Luxus, sondern eine wichtige geschichtliche Form des gesellschaftlichen Verkehrs der Menschen untereinander. Kulturelle Motive und Tendenzen sind in allen Forderungen und Bemühungen zu sehen, die sich auf bessere Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklung in der ganzen Breite geistiger, gefühlsmäßiger und sinnlicher Eigenschaften und Beziehungen richten. Kulturelle Aktivität beinhaltet Gestaltung nach eigenen Vorstellungen, eigene Interpretation, selbst handeln, selbst ausprobieren, selbst denken, lernen, kennen lernen, üben, spielen. Aufgabe ist es nicht nur, Traditionen und kulturelles Erbe zu bewahren, sondern auch das Störende zu sein, aufzuzeigen, dass es neben der Realität unseres Lebens andere Wirklichkeiten gibt - nicht nur ein Bezugssystem, sondern viele. Kulturpolitik hat die notwendigen Freiräume zu schaffen, die finanzielle Förderung zu gewähren, damit alle Bürgerinnen und Bürger - und nicht nur bestimmte Schichten - ihre sozialen, kommunikativen und ästhetischen Vor-

stellungen entwickeln und verbreiten können. Kulturelle Vielfalt, Spontaneität und Kreativität kann nur bei ungehinderter Entfaltung entstehen. Kulturpolitik muss mit ihrer Zielsetzung diese Vielfalt verwirklichen helfen.

Kulturpolitik verfehlt da ihr Ziel, wo sie nur noch sich selbst sieht, wo die Kunst zu Publicity- oder Stadtmarketing-Zwecken missbraucht wird, wo sie zum Imponiergehabe der Politik wird.

Das kulturelle Angebot in den umliegenden Großstädten ist qualitativ hochstehend und umfassend.

Rüsselsheim sollte damit nicht konkurrieren, sondern eigene kulturpolitische Wege finden und Nischen besetzen, wie es z.B. mit der „Jazzfabrik“ gelungen ist. Die Politik hat die Richtung der Kulturpolitik aufzuzeigen. Das Kulturprofil erfüllt diese Aufgabe allerdings nicht.

Theater

Das Rüsselsheimer Stadttheater ist traditioneller Schwerpunkt kommunaler Kulturförderung. Der inhaltliche Anspruch lag in weiten Strecken lediglich darin, gute Unterhaltung zu bieten. Dies alleine reicht allerdings nicht. Durch die Zusammenarbeit mit den umliegenden Theatern und vor allem den Hochschulen, sollte ein Zugang zu anspruchsvolleren Aufführungen ermöglicht werden. Wir begrüßen, dass die Programmgestaltung nicht mehr von Agenturen durchgeführt wird.

Weiterer Schwerpunkt sollte wie bisher das Kinder- und Jugendtheater sein. Es ist nach und nach weiter zu entwickeln. Die erfreulicherweise in Rüsselsheim bestehenden freien Theatergruppen sind verstärkt zu fördern.

Kultur und Kunst

Auslagerungen zu Gunsten des Opel-Altwerkes, wie sie in Rüsselsheim 2020 anklangen, lehnen wir aufs schärfste ab. „Der Treff“ ist das gelungenste zeitgenössische Gebäude Rüsselsheims und muss auf jeden Fall erhalten bleiben.



Museum

Das Rüsselsheimer Stadtmuseum findet über die Grenzen der Stadt hinaus Beachtung. Es gehört zur kulturellen Infrastruktur, zu der jeder Bürger und jede Bürgerin freien Zugang haben soll. Die Linke/Liste Solidarität fordert daher die Abschaffung der Eintrittsgebühren für das Rüsselsheimer Museum und einen Ausbau des museumspädagogischen Angebotes. In einem ersten Schritt werden die Eintrittsgebühren für Schulklassenbesuche, über die begrenzten Regelungen der Rahmenvereinbarung „Kulturelle Bildung an Schulen“ hinausgehend, abgeschafft.

Stadtbücherei

Die Stadtbücherei ist in Rüsselsheim eine unverzichtbare Einrichtung für die Bildung der hier lebenden Menschen. Darüber hinaus haben sich Stadtbücherei und die Stadtteilbüchereien zu wichtigen kulturellen Treffpunkten entwickelt. Dem Lesen und der Leseförderung kommt heute eine besondere

Bedeutung nicht zuletzt für die Realisierung gleicher Bildungschancen zu.

Musikschule

Neben den traditionellen Musikstilen ist verstärkt auf die Belange der populären Musikrichtungen einzugehen. So ist ein Fundus an Leihinstrumenten für jugendliche Musikgruppen bereitzustellen.

Weiterhin ist zu Verleihzwecken eine Verstärkeranlage anzuschaffen, sowie Übungsräume von der Stadt zu Verfügung zu stellen, auch um die Musikgruppen an Rüsselsheim zu binden.

Freie Kulturinitiativen

Die Vielfältigkeit des kulturellen Lebens in Rüsselsheim wird maßgeblich von freien Initiativen geprägt. „Das Rind“, Kunstverein, Jazzfabrik, Malkasten, usw. sind nicht mehr wegzudenken. Die Freien Kulturinitiativen sind daher finanziell und organisatorisch zu unterstützen und zu fördern, auch bei der eventuellen Anmietung von leer stehenden Räumlichkeiten in der Innenstadt.

Opelvillen

Die Opelvillen haben sich weit über die Region hinaus etabliert. Das Begleitprogramm zu den Ausstellungen ist beispielhaft. Da sich die Firma Opel gänzlich aus der Finanzierung zurückgezogen hat, sollte eine Umbenennung der Opelvillen in „Villen am Main“ vorgenommen werden. Daneben sind Ausstellungsmöglichkeiten in Kooperation mit den bestehenden Initiativen zu schaffen, für zeitgenössische Kunst, die Rüsselsheimer Kunstsammlung und für Rüsselsheimer Künstlerinnen und Künstler.

Film

Rüsselsheim mit über 65.000 Einwohner*innen, aber ohne Kino ist ein unhaltbarer

Kultur und Kunst

Zustand. Filminteressierten bleiben somit nur noch Mainz oder Frankfurt, oder hin und wieder Gustavsburg, Walldorf, Weiterstadt oder Groß-Gerau. Filme sind ein wesentlicher Teil unseres kulturellen Lebens, für große Leinwände konzipiert, gestaltet und nicht durch noch so große Flachbildschirme zu ersetzen. In Rüsselsheim gibt es genügend Initiativen (Rind, Kunstverein, Altwerk, FH) sowie qualifizierte Filmliebhaber (z.B. Cinema Concetta, Thomas Frickel u.a.) die sich für ein Projekt „Kino in Rüsselsheim“ gewinnen lassen. Auch gibt es geeignete städtische Räumlichkeiten bzw. private (Schauburg, altes REX Kino). Aufgabe von Magistrat und Kultur 123 ist es, diese Möglichkeiten zu einem Ergebnis zusammenzuführen.

Frauenzentrum

Die Linke/Liste Solidarität unterstützt die von unterschiedlichen Lebensentwürfen getragenen vielfältigen kulturellen Aktivitäten von

Frauen, damit sie die öffentlichen Strukturen der Stadt Rüsselsheim ihren Ansprüchen entsprechend gleichberechtigt mitgestalten können. Das Rüsselsheimer Frauenzentrum, von Frauen für Frauen ins Leben gerufen, ist ein unverzichtbarer Ort, um Frauen die soziale, kulturelle und politische Teilhabe zu eröffnen.

Vereine

Die Rüsselsheimer Vereine sind wichtige Partner städtischer Kulturpolitik bei der Verwirklichung vielfältiger und stadtteilnaher kultureller Aktivitäten. Sie tragen dazu bei, dass Rüsselsheim eine lebendige Stadt ist. Ihr eigenständiges Engagement wird von uns unterstützt. Die städtische Förderung für die Vereine darf nicht gekürzt werden. Die Auftritts- und Übungsräume, wie z.B. die Mehrzweckhalle der Gerhart-Hauptmann-Schule, müssen erhalten bleiben.



Kinder und Jugend

„Unsere Jugend ist heruntergekommen und zuchtlos. Die jungen Leute hören nicht mehr auf ihre Eltern. Das Ende der Welt ist nahe.“

(Keilschrifttext, Chaldäa, um 2000 v. Chr.)

Kaum jemand würde öffentlich bestreiten, dass Kinder und Jugendliche ein Recht darauf haben, in einer Welt aufzuwachsen, „in der sie erwünscht sind, in der sie ihre vielfältigen Fähigkeiten durch Teilhabe bilden und in der sie ihre Realität begreifend gestalten können.“ Die Linke/Liste Solidarität nimmt dieses Zitat von Johannes Beck erneut auf, um die politische Praxis an der Realität zu prüfen und stellt fest, dass auch in Rüsselsheim immer noch sehr viel Handlungsbedarf besteht, um diesem Ziel näher zu kommen.

Für ein soziales Rüsselsheim

Gesucht
Kostenlose
Kita
mit
zufriedenen
ErzieherInnen
für Alle

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

Liste 8

www.linke-solidaritaet.de

Kinder- und Jugendpolitik als Basis kommunalen Lebens

Wenn wir Kinder- und Jugendpolitik als Basis kommunalen Lebens verstehen, meinen wir, Kinder und Jugendliche müssen sich mit ihrer Stadt, ihrer Kommune identifizieren können, sich dort verankert fühlen. Wenn sie früh am kommunalen Leben teilnehmen und erfahren, wie Entscheidungsprozesse verlaufen und wie Einfluss genommen werden kann, erleben sie Demokratie. Die Kinder und Jugendlichen von heute werden morgen die Bürger*innen sein, die die Stadt gestalten.

Rüsselsheim hat einen hohen jugendlichen Bevölkerungsanteil, im Vergleich: mit 21% liegt er um 10% höher als im Rest des Kreises Groß-Gerau. Dies ist erfreulich, stellt die Stadt allerdings vor eine Mammutaufgabe. Ein Blick in die Schulentwicklungsplanung zeigt den erwarteten Anstieg der Schüler*innenzahl in den nächsten Jahren. Viele Kitas und Schulen sind bereits ausgelastet und z.T. sanierungsbedürftig, nun müssen in relativ kurzer Zeit weiter umfangreiche An-, Um- und Neubauten realisiert werden. Trotz aller zu erwartenden Schwierigkeiten, es kann dabei nicht nur um Quantität gehen: Die Linke/Liste Solidarität wird weiterhin für Qualität streiten. Dazu gehören integrative Konzepte, um drohender sozialer und ethnischer Segmentierung vorzubeugen.

In unserer Stadt wachsen fast 23% der Kinder und Jugendlichen in Familien auf, die Hilfen zum Lebensunterhalt (SGB II) bekommen, für sie ist unterstützende Jugendarbeit absolut wesentlich, um gesellschaftlich nicht abgehängt zu werden. Aber für alle Heranwachsenden ist es wichtig, dass sie ihre Fähigkeiten entwickeln können, deshalb sind die Bedürfnisse aller Eltern und ihrer Kinder zu berücksichtigen. Unter Pandemiebedingungen wurden Defizite in diesen Bereichen deutlich sichtbar – bis hin zur erhöhten Gefahr von Kindeswohlgefährdung. Es ist genau zu überprüfen, wo die Lebensbedingungen von

Kinder und Jugend

Kindern unnötig eingeschränkt werden, ob bei mangelndem Wohnraum, Spielplätzen, Freizeitmöglichkeiten. Ein bisschen Sanierung ist nicht ausreichend, es müssen neue Konzepte her. Es fehlen z.B. anregend ausgestattete Abenteuer-, Spiel- und Sportplätze, Spielstraßen oder auch Rückzugsmöglichkeiten - bei kostenfreiem Zugang.

Jugendliche wollen und sollen selbstständig werden, die Entwicklung hin zum „Elterntaxi“ ist dafür in jeder Hinsicht kontraproduktiv: darum fordern wir den Ausbau sicherer Radwege zu den Schulen und den Einsatz von mehr Schulbussen zu Stoßzeiten. Die Mobilitätspläne der Schulen werden von uns unterstützt.



Ausbau kommunaler Einrichtungen wie Jugendpflege und Jugendbildungswerk

Ausgehend von ihren Treffpunkten, ob in Kindertagesstätten, Schulen, Jugend- und Freizeithäusern, angeregt und unterstützt von kommunaler Jugendpflege und Jugendbildungswerk, kann gemeinsam Engagement

und Kreativität entwickelt werden. Jugendarbeit muss nah am Wohnort stattfinden, sich in den Stadtteilen entfalten; die Rüsselsheimer Stadtteile sind weiter zu entwickeln und insgesamt die Quartiersarbeit zu stärken. Darum begrüßen wir die geplante und von der Linken/Liste Solidarität lange geforderte Einrichtung eines Jugendtreffs im Neubau am Friedensplatz (ehemals Karstadt-Gebäude).

Es ist notwendig, die bestehenden und erfolgreich arbeitenden kommunalen Einrichtungen nicht ab-, sondern auszubauen. Auch hier besteht eine chronische Unterfinanzierung, mangelhafte personelle und finanzielle Ressourcen werden hin und her geschoben. So wurden kürzlich (Nov. 2020) Sozialpädagog*innen aus der Jugendarbeit abgezogen, um in Abordnung die Betreuung an Kindertagesstätten und Schulen zu gewährleisten. Die personelle Versorgung ist in allen pädagogischen Bereichen seit langem prekär, reine Mängelverwaltung produziert Verlierer*innen und das sind die Schwächsten der Gesellschaft, neben den Älteren eben auch die Kinder und Jugendlichen.

Die Linke/Liste Solidarität fordert daher den personellen und räumlichen Ausbau der Jugendpflege in kommunaler Trägerschaft. Viele ausgeschriebene Stellen in diesem Bereich bleiben seit Jahren unbesetzt, hier müssen größte Anstrengungen unternommen werden, um diese Berufe attraktiv zu machen. Präventiv zu arbeiten ist langfristig wirksamer als entstandene Schäden zu begrenzen: So ist der Einsatz von Erzieher-, Sozialarbeiter-, Streetworker-*innen am Ende für eine Kommune günstiger als der Ausbau der (Stadt-)Polizei.

Die Ausbildungsplatz- und Berufswahlfrage wird sich in der Folge der Pandemie wieder verschärfen, gerade kleinere örtliche Betriebe und Geschäftsleute sind durch längere Schließungen in ihrer Existenz bedroht, was mit Sicherheit auch Ausbildungsplätze kos-

Kinder und Jugend

ten wird. Finanzielle Unterstützung bedrohter Betriebe durch Steuergelder muss darum unbedingt an soziale Bedingungen geknüpft werden. Die Linke/Liste Solidarität will sich verstärkt dafür einsetzen:

- Den Abbau von kommunalen Ausbildungsplätzen rückgängig zu machen, insbesondere im Städteservice Raunheim/Rüsselsheim.
- Die Bemühungen der Heisenbergschule (Kreisberufsschule) bei der Einrichtung vollzeitschulischer Berufsbildungsgänge weiter zu unterstützen.
- Die Zukunftsplanung der Jugendlichen darf nicht nur in der Schule stattfinden, sie brauchen Unterstützung bei der Vermittlung von Praktikumsstellen, z.B. auf Praktikumsbörsen usw.
- Beratungsangebote und Beratungstage durch den Fachbereich Jugendförderung sind einzurichten, um Jugendlichen und ihren Eltern Informationsmöglichkeiten zu geben und Schwellenängste besonders für Migrantenfamilien abzubauen.
- Schulsozialarbeit an Grund- und weiterführenden Schulen auszubauen; also auch an Gymnasien
- Ausbau von Kindertagesstätten und Betreuungsschulen ohne Abstriche bei der Qualität
- Erweiterung der Öffnungszeiten in den Jugendeinrichtungen, besonders auch an Wochenenden.

Politische Teilhabe

Eine Politik im Interesse von Kindern und Jugendlichen kann sich nicht auf Schul- und Bildungspolitik beschränken. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich dafür ein, dass Rüsselsheim eine kinder- und jugendfreundliche Stadt wird. Dafür müssen die Betroffenen selbst viel stärker ins Boot geholt, ihre Bedürfnisse und Interessen ernst genommen werden. Ihre Teilhabe ist in vielfältiger Form

möglich, dazu müssen sie ermutigt werden. Die Einrichtung des Jugendforums ist dazu ein richtiger Schritt, wir unterstützen dessen Weiterführung und fordern eine zeitnahe, zuverlässige Umsetzung der gemachten Vorschläge, damit Kinder und Jugendliche sich kritisch mit kommunalpolitischen Versprechungen auseinandersetzen können. Heranwachsende können und wollen mehr als nur konsumieren, nämlich ihre „Realität begreifend gestalten“. Das zeigen auch Aktivitäten wie die außerordentlich wirkungsvolle Bewegung „Fridays for Future“. Die Linke/Liste Solidarität unterstützt ihre Forderungen zur Abwendung der Klimakatastrophe (siehe den Programmteil Ökologie).

Die Herabsetzung des kommunalen Wahlminderalters auf 16 Jahre wäre ebenfalls ein wichtiger Schritt. Jugendliche würden dann als potenzielle Wähler*innen mit ihren Forderungen politisch eher wahrgenommen und Ihre Motivation, sich mit politischen Entwicklungen auseinander zu setzen wird erhöht.



Heinz-Jürgen Krug bei „Fridays for Future“

Frauen

„In einer gegebenen Gesellschaft ist der Grad der weiblichen Emanzipation das natürliche Maß der allgemeinen Emanzipation.“

(Charles Fourier)

Frauen sind besonders stark von den Folgen des Neoliberalismus in Form von unsicheren und prekären Arbeitsplätzen sowie dem Anstieg sozialer Ungleichheit belastet. Außerdem sind weder die viel beschworene Chancengleichheit noch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf realisiert, nicht zuletzt wegen fehlender Kinderbetreuungsangebote. Auch althergebrachte Rollenklischees verhindern Veränderungen. Frauenlöhne liegen im Durchschnitt immer noch 22% unter denen der Männer. Auch die Pflege bedürftiger Angehöriger geht weitgehend zu Lasten der Frauen. Die steigende Zahl alleinerziehender Frauen benötigt ein zielgerichtetes Angebot an Beratung und Unterstützung. All diesen Problemen widmet Die Linke/Liste Solidarität besondere Aufmerksamkeit und versucht auf kommunalpolitischer Ebene die Rahmenbedingungen für weibliche Lebensläufe zu verbessern.

2015 unterzeichnete auch Rüsselsheim die EU-Charta für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Der künftig zu erstellende Maßnahmenkatalog darf keine Alibiliste sein, sondern sollte nach Analyse der Lebenssituationen von Frauen und Männern konkrete Vorhaben in die Tat umsetzen. Die so angestrebte Geschlechtergerechtigkeit darf nicht durch kulturelle oder angeblich traditionelle Barrieren ausgebremst werden.

Zum Erreichen von Geschlechtergerechtigkeit und um Benachteiligungen abzubauen ist die emanzipatorische Arbeit mit und für Mädchen und junge Frauen besonders wichtig. Die Mädchenarbeit in kommunaler Regie muss mit einem Konzept und ausreichend finanziellen Mitteln wieder nachhaltig aufgebaut werden. Auch Jungen sind für das Thema Gleichberechtigung in der Jugendarbeit und Schule zu sensibilisieren. (Zur

Gewaltprävention sind nicht nur in den Schulen Selbstverteidigungskurse für Mädchen kostenlos anzubieten.)

Die Fluchtgründe von Frauen sind neben den bekannten wie Gefährdung durch Bürgerkriege und Notlagen auch geschlechtsspezifische, wie Zwangsverheiratung oder Genitalverstümmelung. Sie sollten, auch zusammen mit ihren Kindern, in besonders geschützten Räumen mit Rückzugsmöglichkeiten untergebracht werden. Dementsprechende Forderungen mit geschlechtsspezifischen Inhalten sind in das Konzept zur Stärkung der Willkommens- und Anerkennungskultur aufzunehmen und umzusetzen.

Frauzentrum

Im Fokus der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen sowie zur Stärkung von Frauennetzwerken steht das Rüsselsheimer Frauzentrum. Dessen Existenz und Finanzierung muss langfristig gesichert werden. Die langjährige Kompetenz der Frauennarbeit von Frauengruppen gleich welcher Nationalität darf nicht verloren gehen.

Die Linke/Liste Solidarität unterstützt die von unterschiedlichen Lebensentwürfen getragenen vielfältigen kulturellen Aktivitäten von Frauen, damit sie die öffentlichen Strukturen der Stadt Rüsselsheim ihren Ansprüchen entsprechend gleichberechtigt mitgestalten können. Das Rüsselsheimer Frauzentrum, von Frauen für Frauen ins Leben gerufen, ist ein unverzichtbarer Ort, um Frauen die soziale, kulturelle und politische Teilhabe zu eröffnen.

Seniorinnen und Senioren

Laut dem statistischen Bericht der Stadt lebten am 31.12. 2019 16.395 Menschen, die 60 Jahre und älter sind, in Rüsselsheim, ca. ein Viertel der Stadtbevölkerung. Die Altersspanne beträgt über 40 Jahre, vom noch Berufstätigen bis zu Hochbetagten. Das Robert-Koch-Institut geht davon aus, dass der Anteil der älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter) in Deutschland von gegenwärtig 21 auf 29 Prozent im Jahr 2030 steigen wird. Die Linke/Liste Solidarität geht davon aus, dass den Kommunen, und hier der Stadt Rüsselsheim, die Hauptverantwortung für den Umgang mit den hieraus resultierenden Problemen zukommt.

Durch den Sozialabbau der vergangenen Jahrzehnte wird die Altersarmut, insbesondere von Frauen, zu einem immer größeren Problem. Wer prekäre Arbeitsverhältnisse zum Normalzustand werden lässt, schließt Altersarmut billigend mit ein. Alte Menschen, die trotz langer Lebensarbeitszeit auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“ (wie die Sozialhilfe heute beschönigend heißt) angewiesen sind, können sich nicht die Hilfeleistungen „kaufen“, die das Alter erleichtern. Diese Entwicklung erfordert eine besondere Orientierung der kommunalen Sozialpolitik an den Bedürfnissen dieser Menschen.

Wir wollen politische, soziale, ethische, geistig kulturelle und rechtliche Bedingungen, die ein selbstbestimmtes Leben im Alter und eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen ermöglichen.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich für eine altengerechte Gestaltung des Alltagslebens ein:

- eine verstärkte Umsetzung der Forderungen nach bezahlbaren und altersgerechten Wohnungen, nach generationsübergreifendem Wohnen, nach selbstbestimmtem und betreutem Wohnen,
- ein neues, den gesellschaftlichen Bedin-

gungen entsprechendes Rentenrecht, das Gerechtigkeit mit sozialer Sicherheit verbindet (Mindestrente),

- gesetzliche Regelungen zur vollen Absicherung aller Betroffenen im Falle notwendiger Betreuung, begleitender Hilfe und Pflege,
- einen solidarischen Umgang der Generationen miteinander, in dem Erfahrungen, Erkenntnisse und kulturelle Werte als gegenseitige Bereicherung angesehen werden,
- geheime und allgemeine Wahl der Seniorenvertretung und des Seniorenbeirats durch die älteren Bürgerinnen und Bürger und Erweiterung der Beteiligungsformen mit mehr Einfluss auf die Gestaltung des Lebens- und Wohnumfeldes. Um das zu garantieren sind die Rede-, Anhörungs- und Antragsrechte im Stadtparlament zu erweitern,
- Erhaltung und Ausbau der kommunalen Seniorenarbeit mit ihren offenen Angeboten und der individuellen Beratung älterer Menschen und deren Angehörigen,
- Weiterführung des bestehenden, befristeten Programmes „Gemeindeschwester 2.0“ mit dem Ziel der Vorbeugung vor drohender Vereinsamung, bzw. Unterstützung bei vorhandener Vereinsamung älterer Menschen sowie einem bedarfsgerechten Ausbau dieses Angebotes.

Die Linke/Liste Solidarität hat in der letzten Wahlperiode eine erweiterte Mitwirkung des Seniorenbeirates durchsetzen können, so dass demnach die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse den Seniorenbeirat in allen Angelegenheiten, die Senioren betreffen, anhören müssen. Die Vorschläge des Seniorenbeirates zu Drucksachen sind nun obligatorisch in den Ausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung zu beraten und abzustimmen.

Migrantinnen und Migranten

„Ich habe viele Väter. Ich habe viele Mütter, und ich habe viele Schwestern, und ich habe viele Brüder. Meine Väter sind schwarz und meine Mütter sind gelb und meine Brüder sind rot und meine Schwestern sind hell.

Ich bin über zehntausend Jahre alt, und mein Name ist Mensch! Ich bin über zehntausend Jahre alt, und mein Name ist Mensch!“

Ton Steine Scherben, Songtext

Alle Menschen haben das Recht auf ein vernünftiges Miteinander und sind in jeglicher Hinsicht gleichberechtigt. Dies ist nur in einer demokratisch verfassten Gesellschaft möglich, die auf Grund- und Menschenrechten aufbaut.

Eine Diskriminierung und Ausgrenzung, welcher Form auch immer, darf es nicht geben. Hierbei spielen die religiösen, ethnischen, sozialen oder weltanschaulichen Gründe ebenso keine Rolle wie auch das Geschlecht, eine Behinderung, die sexuelle Orientierung oder die Hautfarbe eines Menschen. Die EU-Anti-Diskriminierungsrichtlinie muss im öffentlichen wie im privatgesellschaftlichen Bereich umgesetzt werden. Aktuell befindet sich Europa, verstärkt auch Deutschland, immer noch in einer Phase vermehrter rechter Aktivitäten. Dies bedroht humanitäre Standards vor allem in den Bereichen der Aufnahme von Schutzbedürftigen und im Umgang mit Migrant*innen allgemein. Wir beobachten einen ständigen - teilweise leider erfolgreichen - Versuch, diese sehr wichtigen Standards zu senken und stellen uns dem konsequent entgegen. Rechte Gewalt und Angriffe auf Flüchtlingsheime bedrohen die Atmosphäre einer Stadt und gehören rechtlich konsequent verfolgt. Immer neue Meldungen von rechtsgesinnten Gruppierungen im Vollzugsdienst in Deutschland zeigen eine sehr besorgniserregende Salonfähigkeit rechten Gedankengutes.

Seit ihrer Gründung gibt es Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland. Dennoch leben Migrantinnen und Migranten, insbe-

sondere Flüchtlinge und Menschen von außerhalb der Europäischen Union, unter einem Sonderrecht. Dieses irreführenderweise als „Zuwanderungsrecht“ bezeichnete Ausländer und Asylrecht wurde in den letzten Jahrzehnten immer restriktiver und brutaler. Visabestimmungen wurden verschärft, Reisemöglichkeiten eingeschränkt, Familienzusammenführungen erschwert. Ausweisungs- und Straftatbestände wurden erweitert. Gleichzeitig sind überdurchschnittliche Schwierigkeiten der Migrantinnen und Migranten bei der Arbeitsplatzbeschaffung und ihrer Kinder in Schule und Ausbildung offensichtlich. Wettbewerb und Konkurrenz, insbesondere auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, befördern ebenfalls ausländerfeindliche und rassistische Vorurteile. Die Linke/Liste Solidarität setzt sich deshalb für eine grundlegende Reform des Ausländer- und Asylrechts im Sinne der Menschenrechte und der im Grundgesetz verankerten Grundrechte ein. Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, sollen in jeder Hinsicht unterstützt werden, Bearbeitungszeiten verkürzt und Vorschriften im Sinne des/der Antragsteller*in ausgelegt werden. Wir fordern auch die Verbesserung der Situation der Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Rüsselsheim. Der Zugang dieser Menschen zur ärztlichen Versorgung und Bildung ist zu garantieren. Dazu ist notwendig:

- Die medizinische Hilfe durch Ärzt*innen und medizinisches Personal darf nicht unter den Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise und zum illegalen Aufenthalt fallen.
- Die Übermittlungspflicht für öffentliche Stellen an die Ausländerbehörde muss aufgehoben werden.

Migrantinnen und Migranten

Auch in Rüsselsheim: Kein Mensch ist illegal

Die Stadt Rüsselsheim muss das ihr Mögliche tun, um die Menschen aus dem Status der „Illegalität“ herauszuholen. Die brutale und menschenrechtswidrige Abschottungs- und Abschreckungspolitik der EU gegenüber Flüchtlingen und anderen Schutzsuchenden, insbesondere durch den Einsatz von extremer Gewalt durch Militär an den Grenzen, darf nicht auch noch gegen diejenigen, die es bis zum Asylantrag schaffen, durch eine diskriminierende Behandlung verstärkt werden. Das Asylbewerberleistungsgesetz für Flüchtlinge und ihre Kinder sieht für diese Menschen Regelsätze vor, die um 30 bis 50 Prozent unter den schon viel zu niedrigen Hartz IV-Sätzen liegen. Deshalb setzt sich Die Linke/Liste Solidarität für die ersatzlose Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Anwendung der allgemeinen Sozialgesetzgebung bei der Flüchtlingsversorgung ein.

Unter anderem fordern wir:

- Eine gerechte und humane Flüchtlingspolitik
- Keine Abschiebung von Menschen in Kriegs- und Spannungsgebiete oder in Länder, in denen Folter oder Mord drohen
- Keine Ersetzung von Geldleistungen durch Sachleistungen
- Eine Rückkehr von Flüchtlingen sollte nur freiwillig erfolgen
- Ehegatten und Kinder von Asylberechtigten dürfen nicht gezwungen werden, in das Verfolgerland auszureisen, um dort ein Visum für den Aufenthalt in Deutschland zu beantragen
- Familien von Asylbewerbern oder anderen Flüchtlingen dürfen nicht abgeschoben werden, solange ein Asylverfahren eines Ehegatten, Elternteils oder eines Kindes noch anhängig ist
- Anerkennung ausländischer Schul-, Bildungs- und Berufsabschlüsse.

- Im Bund: Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Die Linke/Liste Solidarität unterstützt den öffentlich nur selten wahrgenommenen verdienstvollen Einsatz der Mitglieder des zivilgesellschaftlichen Arbeitskreises Asyl für die Geflüchteten und ihre Rechte.

Migrationspolitik als Teil der Sozial- und Bildungspolitik

In der Stadt Rüsselsheim haben mehr als die Hälfte der Einwohnerinnen und Einwohner Migrationshintergrund. Dies sieht man zwar in Kindergärten, Schulen, in Betrieben und auf der Straße, aber nicht in der Verwaltung, der Politik und in Positionen mit Leitungsfunktion. Eine tatsächliche gleiche Beteiligung würde bedeuten, dass die Hälfte der Stadtverordneten nichtdeutscher Herkunft wäre, dass es eine Reihe von Schulleiterinnen und Schulleitern z.B. griechischer, italienischer oder türkischer Abstammung gäbe, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht fast ausschließlich in der Gastronomie, bei Opel, als Friseurinnen und Friseure oder als Erwerbslose ihr Leben gestalten. Es würde bedeuten, dass es in der Stadtverwaltung nicht nur einen Frauenförderplan, sondern auch einen Plan gibt, wie man dazu kommt, mehr Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung zu haben, und dies auch in leitender Position. Statt einer plakativen „Integrations“-Rhetorik bedarf es gezielter Reform- und Förderungsmaßnahmen im Rahmen einer allgemeinen Rechts-, Sozial- und Bildungspolitik, die alle Benachteiligten in dieser Gesellschaft im Blick behält. Migrationspolitik ist deshalb für Die Linke/Liste Solidarität immer Teil der Sozial- und Bildungspolitik für die gesamte Bevölkerung! Auch in Rüsselsheim treten wir daher für folgende Forderungen ein:

- Kommunales Wahlrecht aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen.

Migrantinnen und Migranten

- Antragsrecht des Ausländerbeirats an die Stadtverordnetenversammlung. Bis zu dessen Verwirklichung verpflichtet sich Die Linke/Liste Solidarität, wenn vom Ausländerbeirat gewünscht, dessen Anträge in den Geschäftsgang der Stadtverordnetenversammlung einzubringen.
- Ausreichende Finanzmittel für die Geschäftsführung und die Projekte des Ausländerbeirats.
- Beratungsangebote für Migrantinnen und Migranten in Rüsselsheim sind notwendig. Solange es spezielle Gesetze (Ausländergesetz) für Nichtdeutsche gibt, benötigen diese Menschen auch eine besondere Beratung. Die Beratung durch die freien Wohlfahrtsverbände muss durch öffentliche Mittel gefördert werden.

Kinder und Jugendliche nichtdeutscher Herkunft

Die Linke/Liste Solidarität fordert die Entwicklung eines Konzeptes zur frühzeitigen Aufnahme und der gezielten Förderung der Kinder mit Migrationshintergrund beim Übergang in die Grundschule. Die Kenntnis der deutschen Sprache darf nicht Voraussetzung für eine Einschulung sein. Die verstärkte und qualitativ hochwertige Umsetzung der im Arbeitsleitfaden für die Rüsselsheimer Kitas als Anspruch formulierten „Interkulturellen Pädagogik“ muss durch Bereitstellen der notwendigen materiellen und personellen Mittel ermöglicht werden. Dazu gehört eine entsprechende Personalausstattung und Weiterbildung der in den Kitas Beschäftigten. Eine vermehrte Beschäftigung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund ist anzustreben. Die Stadt Rüsselsheim soll ein Projekt zur zweisprachigen Alphabetisierung (bilinguale Grundschule), analog zum Koala-Projekt (Koordinierte Alphabetisierung im Anfangsunterricht) in Frankfurt, starten.

Schulische Förderung

Die Linke/Liste Solidarität will eine Schule für alle. Solange dies noch nicht der Fall ist, soll dafür gesorgt werden, dass möglichst alle Schulen als echte Ganztagschulen gerade die Kinder unterstützen, deren Eltern nicht die Möglichkeiten und finanziellen Mittel haben, eine private Nachhilfe zu organisieren. Mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sollen einen erfolgreichen Schulabschluss, auch das Abitur, erhalten. Beratung und Unterstützung der Eltern bei der Schulwahl ist erforderlich und sehr wichtig, Diskriminierung aufgrund der Herkunft und einer vermuteten Überforderung in den weiterführenden Schulen muss verhindert werden. Die besonderen Kompetenzen von Schülerinnen, Schülern und Eltern mit Migrationshintergrund sollen im Schulleben gefördert werden.

Gesellschaftliches und kulturelles Engagement

Rüsselsheim benötigt eine Initiative, um Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben zu lassen. Alle Menschen müssen im gesellschaftlichen Leben willkommen sein, ohne Berührungsängste haben zu müssen. Die aktive Freizeitgestaltung muss ohne Barrieren für Menschen mit Migrationshintergrund möglich sein, dies insbesondere auch im Hinblick auf mögliche Mitgliedschaften in eher traditionellen Vereinen und Hilfsorganisationen. Die Teilhabe ALLER Rüsselsheimer*innen am kulturellen und gesellschaftlichen Leben sehen wir auch als wichtigen Punkt, um die Akzeptanz allgemeingemeinschaftlicher Regeln zu fördern.

Migrantinnen und Migranten

Für ein solidarisches Miteinander gegen rechte Tendenzen

Nicht nur durch die steigenden Flüchtlingszahlen wachsen in der Bevölkerung auch offener und gefährlicher Rassismus. Fremdenfeindlichkeit nimmt zu. Diese werden vor allem immer wieder auch durch Aussagen und Argumentationen von Politikern geschürt. Hier müssen die Stadt Rüsselsheim und ihre Institutionen entgegenwirken. Kultur und Bildung sind besonders die Felder, auf denen Bewusstsein über eigene Vorurteile und Strategien gegen Fremdenfeindlichkeit entwickelt werden können. Hier sollen Maßnahmen aufgelegt werden, die sich nicht nur an Jugendliche richten. Beispielhaft

seien hier internationale Begegnungen genannt, die auch mit Regionen stattfinden sollen, aus denen die hier lebenden Familien stammen. Die Zurückweisung rechtsextremistischer Bestrebungen benötigt die Anstrengung aller Institutionen sowie aller Menschen in Rüsselsheim. Insbesondere rechtsradikale Parteien und Gruppierungen dürfen keine Räume, Plätze und keine Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Alle Möglichkeiten sollen hier ausgeschöpft werden. Wir wollen nicht zulassen, dass das friedliche und solidarische Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft durch rechtsradikale Parolen und Aktionen gestört wird, dies gilt auch, wenn diese aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft kommen.

Für ein soziales Rüsselsheim

Noi ci battiamo per
le seguenti cose:

Giustizia ed equità sociali

Istruzione ed educazione

Ecologia

Cultura

Democrazia

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT



www.liste-solidaritaet.de

„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“

(Karl Marx)

Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre, die Hauptursache für die Erderwärmung und damit für die drohende Klimakatastrophe, ist in den letzten Jahren rasant auf einen Wert von deutlich über 400 ppm (parts per million) gestiegen. In der gesamten vorindustriellen Zeit der Menschheitsentwicklung lag der Wert durchgängig zwischen 200 und 300 ppm. In der Folge ist der weltweite Temperaturindex seit 1880 bereits um mehr als 1 Grad gestiegen, in Deutschland um 1,5 Grad. Das Eis in Arktis und Antarktis schmilzt ebenso wie die Gletscher auf Grönland. Die Permafrostböden nicht nur in Sibirien erwärmen sich ebenfalls und drohen große Mengen an extrem klimaschädlichem Methan freizusetzen.

Die grundsätzliche Krisenhaftigkeit unserer derzeitigen Produktions- und Lebensweise nimmt im Mensch-Natur-Verhältnis also dramatische, ja tendenziell katastrophale Dimensionen an und stellt die Möglichkeit eines guten Lebens möglicherweise dauerhaft in Frage.

Inzwischen sind zwar die Stimmen ziemlich verstummt, die noch bis vor kurzem versucht haben, der „Klimakrise“ eine „natürliche“ Ursache zu Grunde zu legen. Aber mit der Umsetzung der notwendigen und durchaus bekannten Maßnahmen (Verzicht auf fossile Brennstoffe, Verkehrswende, Erhalt der Biodiversität, Agrarwende ...) hapert es auf allen Ebenen. Die Linke/Liste Solidarität hat deshalb die Ausrufung des kommunalen Klimanotstands unterstützt und wird weiterhin auf eine schnelle und konsequente Umsetzung der Maßnahmen aus dem 2017 beschlosse-

nen Klimaschutzkonzept drängen. Sie unterstützt die Aktivitäten der klassischen Naturschutzverbände und der Fridays for Future-Bewegung zur Verhinderung der Klimakatastrophe.

Obwohl die Aussichten gering sind, auf Grundlage kapitalistischer Verhältnisse zu einschneidenden Veränderungen zu kommen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden um die vorherrschende Art des Energieverbrauchs und der Energiegewinnung, des Land- und Wasserverbrauchs, der dominanten Konsum- und Mobilitätsvorstellungen in Frage zu stellen und sinnvolle Alternativen zu denken und zu praktizieren.

Dies gilt auch und gerade für die kommunale Ebene, dem Umfeld auf dem wir unmittelbar verantwortungsvoll zu handeln in der Lage sind.

Deshalb wird sich die Linke/Liste Solidarität neben den Anstrengungen für eine andere regionale und kommunale Verkehrspolitik für folgende Ziele einsetzen:

- Keine zusätzliche Ausweisung von Siedlungs- und Industriegebieten sowie Verkehrsflächen
- Verringerung des Versiegelungsgrades in den bestehenden Siedlungs-, Gewerbe- und Industriegebieten
- Wiedernutzung von städtebaulichen Branchen und leerstehenden Gebäuden statt Bebauung bisher dafür ungenutzter Flächen
- Erhalt und Vernetzung klimawirksamer Freiflächen, Festlegung von Tabuzonen für die Siedlungstätigkeit
- Förderung und Nutzung lokaler und regionaler Produktions- und Konsumkreise
- Verstärkte Förderung von Initiativen zur ökologischen Stromgewinnung, Stromnutzung und Stromeinsparung durch städtische Gesellschaften und Betriebe (Stadtwerte, Gewobau, GPR, etc) und deren konsequente Umsetzung im eigenen Bereich
- Die Natur- und Landschaftsschutzgebiete,

Ökologie

sowie die Natura2000-Gebiete (FFH und VSG) in Rüsselsheim und Umgebung sind gemäß den Zielvorgaben aus dem Bundesnaturschutzgesetz zu erhalten, zu pflegen und aufzuwerten. Ihre wichtige Funktion für den Artenschutz stellt ihre Rolle als Verbindungsflächen (Stichwort Biotopvernetzung) und damit Ausbreitungs- und Austauschkorridore für Tiere und Pflanzen dar. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen zu intensivieren.

- Im Sinne der Nachhaltigkeit ist bei Bautätigkeiten einer Sanierung vorhandener Gebäude der Vorrang vor Abriss und Neubau zu geben.



Verkehr

Ein kostenloser Nahverkehr für alle Rüsselsheimer Bürger*innen ist unabdingbarer Bestandteil einer Verkehrsberuhigung in Rüsselsheim und fördert das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Bewegungsfreiheit steht allen Menschen im gleichen Maße zu, unabhängig vom sozialen Status oder Einkommensverhältnissen.

Wir fordern die Erweiterung des Rüsselsheim-Passes, welche die kostenlose Benutzung des ÖPNV in Rüsselsheim beinhaltet. Denn die Bewegungsfreiheit ist für uns ein zentraler Bestandteil sozialer Gerechtigkeit. Mit der Stärkung des ÖPNV wäre dies gleichzeitig eine Möglichkeit, mit der wir in Rüsselsheim ganz konkret etwas gegen den Klimawandel machen können und der Zukunft zugewandter agieren.

Dies ist aber nur ein Anfang. Das eigentliche Ziel kann nur sein, den öffentlichen Personennahverkehr für alle kostenlos zu machen und auszubauen. Andere Städte in Deutschland und im europäischen Ausland haben das schon eingeführt – in unterschiedlichen Ausprägungen und mit unterschiedlichem Erfolg. Dort, wo ein solches Projekt beendet wurde, geschah dies aus Kostengründen (Templin 2003). Mittlerweile hat man aber erkannt, dass die wirklichen Kosten und Folgekosten durch Individualverkehr (CO₂, Feinstäube, ...) viel höher sind als durch den ÖPNV, diesen gilt es also besonders zu fördern. Die Einführung einer kostenlosen Nutzung soll und muss auch Auswirkungen auf die Nachbarkommunen haben. Daneben muss auch das Angebot, besonders die Anbindung der Vororte und Nachbargemeinden, besser werden.

Die ökologische Verkehrswende soll durch eine Umstellung der Busflotte der Stadt auf alternative, umweltschonende Antriebe und durch eine für die Nutzer*innen kostenfreie Nutzung vorangebracht werden. Dadurch

würden, wie vom Umweltbundesamt festgestellt nicht nur ökologische Ziele verfolgt, sondern auch die soziale Ungerechtigkeit des existierenden Verkehrssystems gemindert. Wir werden darauf drängen, dass die sozialen und ökologischen Aspekte bei der anstehenden Fortschreibung des Rüsselsheimer Nahverkehrsplans hohe Priorität genießen.

Ein Negativbeispiel war im letzten Jahr die Absegnung der Pläne für die Umgestaltung und Nutzung des Opel-Altwerks für das Motorworld-Projekt. Durch die viel zu geringe Wohnnutzung, die zu große Nutzung für ein Einkaufszentrum und die fehlenden Alternativen zur Zufahrt durch die Innenstadt droht dieser und ihren Bewohner*innen ein Verkehrsinfarkt mit Abgasen und Lärm. Die Linke/Liste Solidarität wird sich in den nächsten Jahren für eine Korrektur dieser Fehlentscheidung einsetzen.

Das Rad als Verkehrsmittel erfüllt alle genannten Anforderungen an Umweltverträglichkeit, Lebensqualität, Gesundheit und niedrige Kosten. Ziel muss sein, die Fahrradinfrastruktur konsequent auszubauen, für Pendler wie für Freizeitradler. Einmal jährlich „Stadtradeln“ ersetzt kein Radverkehrskonzept. Dies ist jedoch dringend erforderlich und Rüsselsheim hinkt hier im Vergleich zu anderen Kommunen und dem Kreis stark hinterher.

Die Linke/Liste Solidarität setzt sich daher ein für:

- den Ausbau des Radwegenetzes,
- die Ergänzung bei Netzlücken,
- Radwegemarkierungen mit Signalcharakter (nach holländischem Vorbild) wählen und ausbessern,
- Verbesserung der Beleuchtung der Radwege,
- die Sanierung maroder Radwege, vermehrte Bereitstellung sicherer Abstellmöglichkeiten,
- Aufstellflächen für Radler an Ampeln,

- Öffnung von Einbahnstraßen in beide Richtungen,
- ausreichende Sicherheitsabstände zwischen Radfahrern und parkenden Autos.

Die Sicherheit der Radfahrer ist kein Schicksal, sondern Ergebnis entsprechender Infrastruktur und der Sensibilisierung der motorisierten Verkehrsteilnehmer. Dabei sollte im Rahmen eines Radverkehrskonzeptes auch die Einrichtung von Fahrradstraßen realisiert werden.

Bei allen städteplanerischen Überlegungen und ihren Umsetzungen ist auf die Zurückgewinnung von Raum und Sicherheit für den Fußverkehr als ökologischste aller Bewegungsarten hoher Wert zu legen.

Flughafen

Der Frankfurter Flughafen und der von ihm ausgehende extrem gesundheitsschädliche Lärm und Schmutz (z.B. Ultrafeinstaub) hat schon lange jedes erträgliche Maß überschritten. Mit dem im Bau befindlichen Terminal 3 entwickelt sich der Flughafen immer mehr zu einer Luxus-Shoppingmall mit geschlossenem Umsteigeflughafen.

Der Kapitalertrag der Fraport durch Vermietung und Umsatzbeteiligung übersteigt inzwischen den der Flugabwicklung. Der traditionelle Ruf „kein Flughafenausbau“ scheint mit der realen Entwicklung kaum Schritt zu halten, und die in unserem Programm 2011 bereits erhobene Forderung „Rückbau des Flughafens“ wird zum Gebot der Stunde.

Die ständige Um- und Neuverteilung des Lärms durch andere Flugrouten ist keine Lösung und fördert das „Sankt-Florians-Prinzip“. Passiver Lärmschutz kann die Reduzierung des Lärms an der Quelle nicht ersetzen. Das heißt: die Flugbewegungen müssen massiv zurückgefahren werden.

Ökologie

Die Stadt Rüsselsheim muss sich mit personellen und finanziellen Ressourcen in die Bewegung zum Rückbau des Flughafens einbringen und diese Position auch in der „Kommission zur Abwehr des Fluglärms“ (kurz: „Fluglärmmmission“) und anderen Gremien konsequent vertreten.

Die Linke/Liste Solidarität arbeitet mit den Bürgerinitiativen zusammen und unterstützt die Forderungen des BBI Bündnis der Bürgerinitiativen:

- Rückbau des Frankfurter Flughafens, kein Ausbau anderer Flughäfen in der Region. Kein Terminal 3,
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr,
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger,
- Verursachergerechte Zuordnung der Kosten auf die Luftfahrtindustrie, Stopp der Subventionen,
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzie-

rung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet,

- Stilllegung der Landebahn Nord-West, Bodenentsiegelung.

Die Linke/Liste Solidarität hält eine Verlagerung von Inlands- und Kurzstreckenflügen auf die Bahn für sinnvoll und notwendig. Grundsätzlich treten wir für ein anderes Mobilitätsverhalten und eine (Verkehrs-) Politik ein, die die derzeitige Konzentrierung auf zentrale Sammel- und Umsteigeflughäfen aufgibt und die exzessive und vielfach überflüssige Hin- und Herfliegerei von Dingen und Personen sozial und ökonomisch unattraktiv macht. Transporte sind zu geringe Kostenfaktoren, da sie teilweise subventioniert und ihre Folgekosten in keiner Weise mit eingepreist sind. Deswegen fordern wir: Fliegen muss kurzfristig durch Kerosinbesteuerung und Umsatzsteuer auf Auslandstickets und mittelfristig durch die Einbeziehung der Folgekosten teurer werden.



Soziale, ökologische und demokratische Stadt

„Die Stimme des Intellekts ist leise, aber sie ruht nicht, ehe sie sich Gehör verschafft hat. Am Ende, nach unzählig oft wiederholten Abweisungen, findet sie es doch. Dies ist einer der wenigen Punkte, in denen man für die Zukunft der Menschheit optimistisch sein darf... auf die Dauer kann der Vernunft und der Erfahrung nichts widerstehen.“

(Sigmund Freud)

„Rüsselsheim 2020“ war 2007 der Titel der vom damaligen Magistrat und der Firma Opel in Auftrag gegebenen „Rürup Studie“. Der beauftragte Professor Dr. Rürup war ein „herausragender“ Repräsentant eines unsozialen Umbaus des Sozialstaats und der Unternehmen. Und so waren die in der Studie vorgeschlagenen Maßnahmen das genaue Gegenteil des Weges zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Stadt. Sie atmeten vielmehr den neoliberalen Geist der Umwandlung öffentlicher Dienstleistungen für alle Einwohner*innen in marktgängige Angebote für zahlungsfähige Kunden. Das Ganze garniert mit der Diffamierung der Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer als Menschen mit zu wenig Eigenaktivität und „hoher Versorgungsmentalität“.

Der Kampf der Linken/Liste Solidarität gegen diese Pläne ging 2011 mit der Wahl eines neuen Oberbürgermeisters und zweier Dezernenten (Burghardt, Grieser, Kraft) in eine neue Runde. Die drei verkündeten, endlich „Rüsselsheim 2020“ durchsetzen zu wollen, sprich wesentliche Teile der sozialen Infrastruktur Rüsselsheims - Theater, Großsporthalle, Hallenbad, Hauptmannschule - zu beseitigen und das bedeutende Industriedenkmal Opel-Altwerk zu zerstören. Inzwischen wissen wir, wie auch in den vorhergehenden Kapiteln nachzulesen, dass ihnen das zu großen Teilen misslungen ist. Allerdings wurden Jugendzentren und dezentrale Senioreneinrichtungen geschlossen, die Jugendförderung personell heruntergefah-

ren, die Grundsteuer verdoppelt, Theaterkarten verteuert und die Betriebshöfe ausgelagert. An der Verhinderung der geplanten Schulschließungen hatte die Linke/Liste Solidarität ihren Anteil.

Ebenfalls 2020 endete ein tendenziell ähnliches Vorhaben, der „Schutzschirm“ der hessischen Landesregierung für die Kommunen. Der nahm den beteiligten Kommunen zwar einen Teil der aufgrund ihrer gezielten und verfassungswidrigen Unterfinanzierung aufgelaufenen Schulden ab, verlangte dafür aber einen meist nur über Leistungsabbau und Steuer- und Gebührenerhöhung zu erreichenden Haushaltsausgleich. Die Linke/Liste Solidarität setzte sich gegen die „Schutzschirm“-Nötigung, für eine Entschuldung der Kommunen, für eine echte kommunale Selbstverwaltung und ein selbstbewusstes Rüsselsheim ein. Zwar konnten die oben aufgezählten Verteuerungen, Schließungen und Auslagerungen nicht verhindert werden. Aber nach der Wahl 2016 setzte bei einigen anderen Fraktionen ein teilweises Umdenken ein. Weitere Privatisierungspläne und Gebührenerhöhungen kamen nicht auf den Tisch. Die bereits 2007 als Gegenposition von uns in der Studie „Rüsselsheim als selbstbewusste und demokratische Stadt“ formulierten Forderungen nach dem „Ausbau öffentlicher Dienstleistungen statt Privatisierung“ gewannen an Einfluss und führten in den letzten fünf Jahren zu einem Stellenausbau für die öffentlichen Aufgaben und zum Angehen von Projekten in wichtigen Bereichen (zu Details siehe im ersten Kapitel „Die Stadt als Basis eines sozialen und demokratischen Gemeinwesens“).

Zu einer selbstbewussten Stadt gehört auch der kritische Umgang mit gesellschaftlichen „Trends“, die oft nach dem Maggie-Thatcher-Motto Tina („There is no alternative“) propagiert werden. So geschehen in den letzten Jahren mit der „Digitalisierung“. Prinzipiell verstanden als die Erhebung, Verarbeitung,

Soziale, ökologische und demokratische Stadt

Übermittlung von Informationen durch Computer (vom Chip in Haushaltsgeräten über das Smartphone bis zum Superrechner). Im Bereich der kommunalen Politik verbunden mit dem Schlagwort von der „Smart City“.

Die Frage ist aber nicht, Digitalisierung ja oder nein. Die Auseinandersetzungen gehen vielmehr darum, zu welchen Zwecken Digitalisierung genutzt werden soll: als Teilhabemittel für Bürgerinnen und Bürger, zur Demokratisierung von Prozessen und Entscheidungen, für offene Zugänge zu Daten und zur Verwaltung, für die Lösung von Alltagsproblemen, als Hilfsmittel für Pädagoginnen und Pädagogen oder – wie noch viel zu oft - als Mittel der Reklame der Herrschenden und der Regierenden, als Überwachungstool, als Vorgabe für Verhaltensmuster, zielend auf Menschen die als Anhängsel der KI („künstliche Intelligenz“) reibungslos funktionieren. Was für die City/Gemeinde als smart/clever/klug gelten soll, bleibt weiterhin von gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen abhängig.

Wer hat die Macht über die Daten, wer konzipiert die Algorithmen und also die Zwecke der Programme („Apps“, „Tools“)? Beispielgebend für auf Basis von Technologie-Souveränität mit Open Software erstellte partizipative, demokratiefördernde Plattformen waren hier die spanischen Städte Barcelona (www.decidim.barcelona) und Madrid, aber auch Reykjavik in Island („Better Reykjavik“). Kleinere und größere deutsche Städte haben sich inzwischen ebenfalls auf diesen Weg begeben, zum Teil auch mit Eigenentwicklungen. Rüsselsheim muss also das digitale Rad nicht neu erfinden bzw. sich in totale Abhängigkeit von den berühmt-berüchtigten Datenkraken und den großen Beratungsunternehmen begeben. Und natürlich ist darauf zu achten, dass Bürgerbeteiligung und Demokratie ihren Schwerpunkt im analogen Bereich der menschlichen Begegnungen und Aktivitäten haben; dass die Men-

schen, die nicht als „digital natives“ herangewachsen sind, ihre demokratischen Rechte ebenfalls wahrnehmen können.

Die Linke/Liste Solidarität wird auch auf diesem Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sich für die Erreichung der in diesem Programm formulierten Ziele einer sozialen, ökologischen und demokratischen Stadt einsetzen.

**Für ein soziales
Rüsselsheim**

- Sozial

- Ökologisch

- Demokratisch

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT



Liste 8

www.liste-solidaritaet.de

Kandidatinnen und Kandidaten

„Man darf niemals auf einen anderen Menschen von oben herab schauen, es sei denn, man will ihm beim Aufstehen helfen.“

(Gabriel Garcia Marquez)

Kandidatinnen und Kandidaten der Liste „Die Linke / Liste Solidarität“ für die Wahl zur Rüsselsheimer Stadtverordnetenversammlung

1. Karl-Heinz Schneckenberger
2. Fatma Yildiz
3. Andreas Schwarz
4. Brigitte Rücker
5. Ulas Dilekli
6. Karola Pruschke-Löw
7. Lino Casu
8. Heike Wieland-Reith
9. Heinz-Jürgen Krug
10. Judith Neumann
11. Roman Gasanfar
12. Didare Bulut
13. Bernd Peter
14. Wolfgang Ebenhöf
15. Erwin Reith
16. Ralf Becker
17. Thomas Haas
18. Arthur Weger
19. Wolfgang Becker
20. Heinz König

Kandidaten für den Ortsbeirat Königstädten

1. Karl-Heinz Schneckenberger
2. Ulas Dilekli

Wahlaufruf

Vergesst nicht,
dass diejenigen Menschen euch am besten
dienen werden,
die ihr aus eurer eigenen Mitte wählen werdet,
die das gleiche Leben wie ihr führen,
und die gleichen Leiden ertragen wie ihr.

Hütet euch vor Leuten, die zu viel reden,
vermeidet vom Schicksal Begünstigte,
denn selten nur will derjenige, der ein
Vermögen besitzt,
im Arbeitenden seinen Bruder sehen.

Wahlaufruf der Pariser Kommune, im Frühjahr 1871